Nachname, Vorname
c/o Musterstrasse 1
12345 Musterstadt
GERMANY

Steinmeier, Frank-Walter
- und alle seine Rechtsnachfolger -
in der Eigenschaft als sog. Bundespräsident
c/o Spreeweg 1
D-10557 BERLIN

VIA FAX an 0049-30-1810200-1999

Dienstag, 1. November 2022

**Erinnerung Negativbestätigung, Unterlassungsverfügung und Erklärung des Eigentumsvorbehalts**

Sehr geehrter Steinmeier, Frank-Walter in Ihrer Funktion als BUNDESPRÄSIDENT STEINMEIER [sic],

bedauerlicherweise ist bis heute keine Bestätigung oder sonst irgendeines auf Kommunikationsbereitschaft hinweisendes Dokument beim Unterzeichner eingegangen. Daraus wird aktuell geschlossen, dass dieser Vorgang eventuell übersehen wurde oder diesem Vorgang nicht die, aus Sicht des Unterzeichners, erforderliche Aufmerksamkeit beigemessen wird.

Es ist nicht im Sinne des Unterzeichners und noch „Staats-Bürgers“ den Eindruck von Ablehnung gegenüber einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates zu erwecken. Angesichts des bisherigen Schweigens erlaubt sich der Unterzeichner allerdings den Hinweis, dass er sich im Zweifelsfalle vorbehält, die Kenntnisnahme Ihres Hauses sowie der dieses Haus vertretenden Personen wie folgt zu stipulieren:

* Es liegt ohne schriftliches Beweismittel von Ihnen und Ihrem Hause, kein (Vertretungs-)Mandat von Ihnen oder einem anderen sogenannten Volksvertreter vor.
* Jegliche Handlungen/Entscheidungen, wie z.B. die Verabschiedung von Gesetzen, erfolgen **nicht** unter der Haftung des Unterzeichners, bis das Gegenteil bewiesen ist. Es wird die individuelle, persönliche Haftung für alle illegalen, ultra-vires Handlungen festgestellt.
* Die Rechte und der Anspruch auf alle direkt gewährten Kredite sowie auf alle bisher geduldeten Kredite zur Aufrechterhaltung der regionalen Struktur, verbleiben bei dem dieses Dokument zeichnenden Gläubiger und Kreditgeber („Staats-Bürger“). Dieser Anspruch gilt über das laufende Insolvenzverfahren gegenüber der Verwaltungsorganisation hinaus. Der Gläubiger behält sich alle Rechte (persönlicher Ansprüche) im Falle von grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz gegenüber den behaupteten Entscheidungsträgern (Mandatsträger) vor.

Ihnen und Ihrem Hause werden weitere **7 Tage** zur Zustellung der angeforderten Dokumente gewährt, um auf dieser Basis gemeinsam eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Der Unterzeichner behält sich weiterhin das Recht vor, im Falle weitergehender Mandatsvortäuschung, geeignete Schritte zu prüfen, um seine wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Wegen des Verdachts der Täuschung im Rechtsverkehr wird hiermit das Recht des Unterzeichners auf eine außerordentliche Kündigung noch einmal bestätigt.

Bitte halten Sie, im eigenen Interesse, dieses Mal die gesetzte Frist Ihres Gläubigers ein, um einen persönlichen und privaten Haftungsanspruch von sich selbst und den Mitgliedern der bereits genannten Organisationen abzuwenden.

Hochachtungsvoll